

Thema: Attac

Autor: k.A.



Ölmultis könnten Staaten wegen deren Klimaschutz-Gesetzen vor Schiedsgerichten auf Milliardenzahlungen klagen, warnen Kritiker.

Foto: Getty Images

Energievertrag: Warnung vor Konzernklagen gegen Staaten

Recherchenetzwerk sieht Klimaschutz in Gefahr und warnt vor Schattenjustiz: Ölkonzerne könnten von Staaten 345 Mrd. Euro einklagen.

Wien – Die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation Attac und die IG Windkraft warnen vor dem wenig bekannten Energiecharta-Vertrag (ECT). Laut dem Journalistennetzwerk Investigate Europe stellt der Vertrag eine große Gefahr für den Klimaschutz dar, weil ihn Energiekonzerne nutzen können, um EU-Staaten vor internationalen Schiedsgerichten (ISDS) auf Milliardenentschädigung zu klagen, wenn Gesetzgeber neue Klimaschutzmaßnahmen beschließen.

„In den kommenden Jahren könnten Europas Staaten Milliarden an Entschädigung zahlen müssen oder, aus Angst davor, geplante Klimagesetze aufweichen“, schreibt Investigate Europe. Den vage

formulierten Energiecharta-Vertrag hätten Anfang der Neunzigerjahre alle EU-Staaten unterschrieben.

Aktuell wird über eine Reform des ECT verhandelt, erklärte IG Windkraft. Die Reform werde aber sehr wahrscheinlich an den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten scheitern und so keine Ergebnisse hervorbringen, die die tief verwurzelten Probleme des ECT lösen. „Die Staaten sollten einen raschen Rückzug aus dem ECT in Erwägung ziehen“, fordert IG Windkraft.

Attac warnt davor, dass fossile Energiekonzerne allein in der EU, Großbritannien und in der Schweiz Profitminderung ihrer Infrastruktur im Wert von knapp 345 Mrd. Euro einklagen, rechnete Attac

mit Verweis auf die Berechnungen der Journalisten vor. Drei Viertel davon seien Gas- und Ölfelder (126 Mrd. Euro) sowie Pipelines (148 Mrd. Euro). „Allein in Österreich werden Pipelines im Wert von 5,39 Milliarden Euro vom ECT abgedeckt“, so Attac.

Darüber hinaus hätten Investoren die Möglichkeit, Regierungen aufgrund zukünftig erwarteter Gewinne zu verklagen.

Dass das alles längst Realität ist, zeige der deutsche Kohleausstieg. Erst vor wenigen Wochen habe die Regierung in Berlin dem ostdeutschen Kohlekonzern Leag Entschädigungen in Milliardenhöhe garantiert. „Im Gegenzug gab Leag sein Recht auf, mithilfe der Energiecharta zu klagen“, so das Recherchenetzwerk.

Problematisch seien auch die Schiedsgerichte, weil dort „ein kleiner Zirkel von Anwälten tätig ist, die mitunter in den Verfahren mal als Schiedsrichter und mal als Anwalt fossiler Konzerne arbeiten“, so die Plattform. Attac bezeichnet dies als Paralleljustiz. Überdies offenbare die Recherche des Journalistennetzwerks auch, dass das leitende Personal des Energiecharta-Sekretariats enge Verbindungen zur fossilen Industrie unterhält.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine europaweite Kampagne zum Ausstieg aus dem ECT gestartet („Energiewende retten – Energiecharta stoppen“), berichtete Attac. Am ersten Tag hätten bereits 170.000 Menschen unterzeichnet. (APA, TT)